

# Niederschrift PBAR/004/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und  
Baubegleitenden Ausschusses Rathauszentrum der Stadt Rheine  
am 10.03.2022

Die heutige Sitzung des Planungs- und Baubegleitenden Ausschusses Rathauszentrum der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Vorsitzender:

Herr Dr. Manfred Konietzko      CDU      Ratsmitglied/Vorsitzender

### Mitglieder:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Sachkundiger Bürger ab 17:10 Uhr
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Manoharan Murali	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Alfred Uphaus	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger

### Vertreter:

Herr José Azevedo      CDU      Vertretung für Herrn Markus Tappe

**Gäste:**

Herr von Klonczynski	Architekturbüro Kresings
Frau Ischner	Projektsteuerung agn
Herr Pieper	Ingenieurbüro ELPlan (Geschäftsleitung)
Herr Beßler	Ingenieurbüro ELPlan (Elektro)
Herr Horstmann	Ingenieurbüro ELPlan (HLS)

**Verwaltung:**

Frau Milena Schauer	Beigeordnete
Frau Elke Jaske	Fachbereichsleitung FB 5
Frau Claudia Kurzinsky	PV Neubau städt. Hochbauten
Frau Cornelia Dietz	Mitarbeiterin der Verwaltung
Frau Andrea Mischok	Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
-------------------	-----	--------------

Herr Dr. Konietzko eröffnet die heutige Sitzung des Planungs- und Baubegleitenden Ausschusses Rathauszentrum der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung am 04.11.2021**

Herr Uphaus bittet unter TOP 8 auf Seite 10 – 5. Absatz das Wort „Materialbeschaffung“ in „Materialauswahl“ zu ändern.

„Herr Uphaus erklärt, dass man sich schon einig sei, dass man bei der ~~Materialbeschaffung~~ Materialauswahl beteiligt werden möchte.“

Mit dieser Änderung ist die Niederschrift genehmigt.

**2. Informationen der Verwaltung**

Frau Schauer gibt einen Ausblick auf den Sachstand zum Abbruch des Hertie-Gebäudes.

Sie weist darauf hin, dass man für die Ladestation am Köpi-Parkplatz, gemeinsam mit den Stadtwerken, einen Ersatzstandort in Innenstadtlage gefunden habe. Die Ladestation soll an der Lindenstraße im Bereich der Albert-Einstein-Häuser verortet werden, wo es eine kleine öffentliche Stellplatzanlage gebe. Wichtig sei hierbei gewesen, dass die Stellplätze nebeneinander und nicht hintereinander angelegt werden können.

Stadt Rheine  
Der Bürgermeister  
I-5.21-siekerfe

Rheine, 24. Februar 2022



## Projektstand Hertie

### Betreff:

Statusbericht Rückbau Hertie

### Grund:

Als Information zum aktuellen Projektstand im Zuge des PBAR am 10.03.22 soll eine Zusammenfassung des Projektes Rückbau Hertie abgegeben werden.

### Projektstand:

Derzeit finden die Kernbohrarbeiten zur Asbestsanierung statt. Die Arbeiten sind in der KW 8 im Gassenbereich Tiefgarage abgeschlossen und werden ab KW 9 im EG Gassenbereich fortgesetzt. Gleichzeitig werden die Bohrbereiche mit Baumstämmen abgestützt. Die übrige Gebäudeentkernung ist weitestgehend abgeschlossen.

Die vorbereitenden Maßnahmen im Schnittstellenbereich zwischen Hertie und ehemals Mensing sind in den Gewerken Sprinkler, Heizung, Lüftung und Sanitär abgeschlossen. Das Gewerk Elektro hat noch Restarbeiten zu erledigen. Der Start der maschinellen Rückbauarbeiten ist für die KW 12 avisiert. Hierfür werden gerade letzte Planunterlagen (Verkehrszeichenplan, detaillierter Terminplan etc.) erstellt.

Zunächst wird dann in einem Zeitraum von 2 Wochen die Gasse hergestellt, bevor der Abbruch auf die Seite der ehemaligen Anlieferung verlagert wird.

### Erläuterung:

#### Termine:

Derzeit zeichnet sich ein Zeitverzug von 2 Wochen ab. Statt des geplanten Ausführungsendes Juni 2022 ist nun Mitte Juli (KW 28/29) voraussichtliches Projektende. Die zeitliche Verschiebung resultiert aus der zusätzlichen Schadstoffsanierung (asbesthaltige Faserzement Rohrhülsen). Das weitere Vorgehen kann der Anlage „Abbruchreihenfolge“ entnommen werden.

#### Kosten:

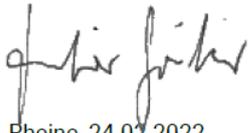
Die Projektkosten sind durch zusätzlich erforderliche Schadstoffsanierungen (s.o.) gestiegen. Die zu sanierenden Bereiche waren in dem zuvor durchgeführten Schadstoffgutachten nicht enthalten.

#### Blindgänger:

Der Blindgängerverdachtspunkt im Bereich Eingang Staelscher Hof wurde sondiert. Es wurden keine Auffälligkeiten festgestellt.

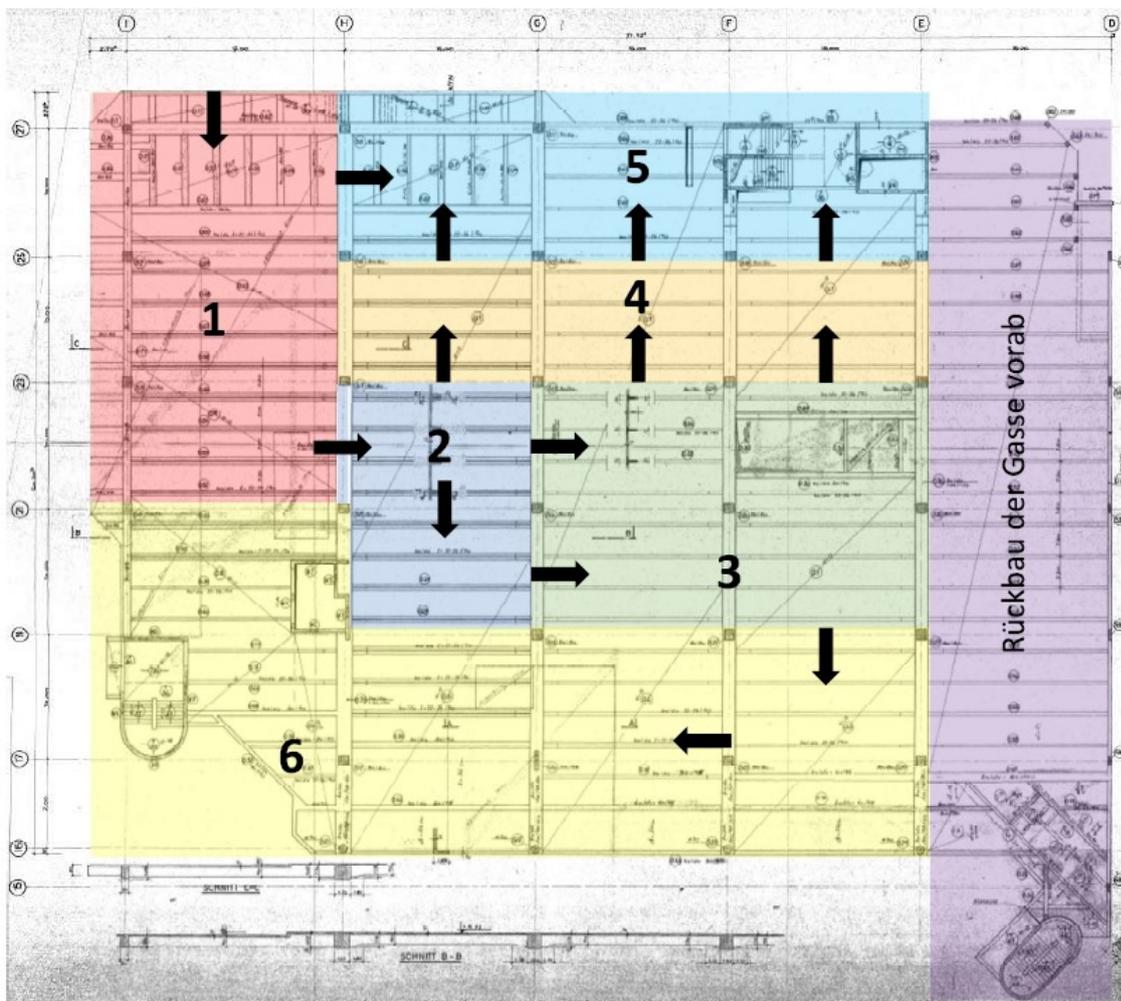
#### Artenschutz:

Es wurden auch bei einer weiteren Untersuchung keine Gebäude bewohnenden Arten festgestellt. Letzte vorhandene Quartiere wurden entwertet.



Rheine, 24.02.2022  
gez. i.A. Felix Sieker

Anhang 1: Abbruchreihenfolge



### 3. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

#### 4. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

#### 5. **Funktionserweiterung, Neustrukturierung und Modernisierung des Rathauszentrums (5942-005) Vorstellung Zwischenstand der Ausführungsplanung** Vorlage: 079/22

Frau Schauer erklärt, dass man im Projekt schon weit fortgeschritten sei und es somit nicht mehr so viele Änderungen in der Ausführungsplanung gebe. Man habe in der letzten Sitzung das Thema der Glasfaltwand für die Stadtbibliothek vertagt und dies für heute noch einmal aufbereitet. Weiter habe man zwei Tabellen erstellt, bei der man die Ausschusstermine mit der Planung und den Gewerken in Verbindung gebracht habe. Hiermit soll transparent dargestellt werden, wie man z. B. mit dem Materialkonzept, den Bodenbelägen etc. umgehen werde. Frau Schauer fragt, ob es zu diesem Verfahren jetzt noch Nachfragen gebe.

Herr Hachmann erklärt, dass ihn der Bereich Türen und Zargen interessieren würde. Ansonsten sind die Darstellungen aus Sicht der Mitglieder der CDU eine gute Diskussionsgrundlage.

Herr Volker Brauer erklärt, dass ihn die Einrichtung des Serverraumes interessieren würde.

Herr von Kloneczynski gibt einen Ausblick auf verschiedene Themen der Ausführungsplanung. Zur Glasschiebewand im Eingangsbereich der Bibliothek weist er auf den Arbeitsauftrag hin, wie sich die Bauphysik in Bezug auf den Wärmeverlust verhalte. Die Überprüfung habe ergeben, dass sowohl die Bibliothek als auch die Passage „Mall“ mit 20 °C beheizt werde und es somit in diesen Bereichen keinen Wärmeverlust gebe.

Herr Burmeister regt an, dass Glas mit einem Logo/Wappen etc. zu versehen, damit der Nutzer der Bibliothek etwas geschützt sei und dies dann auch zur Werbung dienen könne. Er erklärt, dass er für diese Variante werben möchte.

Herr von Kloneczynski sagt zu, diese Anregung auch für Frau Wigger mitzunehmen.

Herr Hachmann weist darauf hin, dass die Mitglieder der CDU für die Glasschiebewand stimmen werden, nachdem die energetischen Bedenken ausgeräumt werden konnten.

Im Nachgang stellt Herr von Kloneczynski die Räumlichkeiten für die neuen Bürosituationen vor und Herr Horstmann erklärt die Einzelheiten zu den Veränderungen.

Herr Uphaus kritisiert die geplanten weißen Fußleisten, die sehr schlecht zu reinigen seien. Aus seiner Sicht dürfe man keine weißen Fußleisten in öffentlichen Gebäuden nutzen. Weiter weist er darauf hin, dass bei Glaswänden, die bis auf den Boden reichen, eine Abstoßleiste benötigt werde.

Herr von Kloneczynski erläutert das Materialkonzept für die Passage, den Verwaltungs- und den Multifunktionsbereich, welches im Rahmen der Leistungsphase 3 erarbeitet worden sei. Er erklärt, dass er die Anregung von Herrn Uphaus bezüglich der Fußleisten mitnehmen werde und zu einem späteren Zeitpunkt verschiedene Varianten untersuchen und vorstellen werde. Weiter weist er darauf hin, dass die Materialien in Bezug auf ihre Langlebigkeit und ihrer Reinigungsmöglichkeit ausgewählt worden seien.

Herr Brunsch befürchtet, dass die Fassade nach Graffitiverunstaltungen schreie. Er fragt, ob diese so imprägniert werden könne, dass eine Verschmutzung einfach zu entfernen wäre.

Herr von Kloneczynski teilt mit, dass auf die Natursteinfassade im Erdgeschossbereich ein Graffitienschutz aufgebracht werde.

Herr Moritzer fragt, warum in der Ostfassade im I. Obergeschoss Drehkippfenster eingebaut werden. Aus seiner Sicht seien Drehkippfenster bezüglich der Energiebewertung nicht optimal.

Herr von Kloneczynski erklärt, dass dies gewünscht wurde, um mit dem Öffnen der Fenster, vielleicht zwischen zwei Sitzungen, schnell durchlüften zu können.

Herr Beßler stellt im Nachgang die Elektrotechnik anhand einer Präsentation vor. Er weist darauf hin, dass man das Maximum an Photovoltaikanlagen herausgeholt habe und gibt einen Überblick über deren Leistung. Er erklärt, dass sie das Beleuchtungskonzept mit der Stadt Rheine eng auf die Architektur abgestimmt haben.

Herr Horstmann stellt die Planung in Bezug auf Heizung, Sanitär und Lüftungsanlagen vor.

### **Beschluss:**

Der Planungs- und Baubegleitende Ausschuss nimmt den vorgestellten Vorschlag zu den möglichen Programmpunkten der nächsten Ausschusssitzungen sowie die vorgestellte Gewerkeübersicht zur Kenntnis.

Der Planungs- und Baubegleitende Ausschuss beschließt die vorgestellte Zulage für die Ausführung der Glasfaltschiebewand im Eingangsbereich der Bibliothek und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme.

Der Planungs- und Baubegleitende Ausschuss nimmt den vorgestellten Stand der Ausführungsplanung für die folgenden Bereiche zur Kenntnis:

- Gebäudehülle: Gewerke Fassade/Metallbau und Dach/Abdichtungsarbeiten
- Musterbüro
- Bemusterungskonzepte Architektur und Haustechnik.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei  
5 Enthaltungen

**6. Funktionserweiterung, Neustrukturierung und Modernisierung des Rathauszentrums (5942-005) Vorstellung der aktuellen Terminplanung  
Vorlage: 080/22**

Frau Schauer gibt das Wort an Frau Ischner, die den Übersichtsterminplan vorstellt.

Vorab regt Herr Uphaus an, in den Vorlagen Fachbegriffe wie z. B. LP 3, LP 4 usw. auszuschreiben und als Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung etc. zu deklarieren, damit es auch von den Bürgerinnen und Bürgern, verstanden werden könne.

Frau Ischner stellt die aktuelle Terminplanung vor. Sie weist darauf hin, dass man sich im Moment in der Leistungsphase 5 – Ausführungsplanung – befinde und zurzeit die ersten Ausschreibungen vorbereite und danach in die Leistungsphasen 6 und 7 übergehe. Die Terminplanung sei Anfang des Jahres noch einmal angepasst und aktualisiert worden, wobei man im Bereich der Planung einen Verzug von 2,5 Monaten ermittelt habe. Dies beziehe sich im Wesentlichen auf die Rohbauarbeiten, da sich dort die größte Schnittstelle befinde. Frau Ischner weist darauf hin, dass man bei der Betrachtung des Gesamtprojektverlaufes und des Baubeginns nur 1,5 Monate Verzug habe, was sich aber bis zum Ende des Projektes durchziehen werde. Ob man den Verzug einholen könne, sei jetzt noch nicht zu beurteilen, wobei man allerdings schon jetzt darauf hinweisen möchte.

Herr Jansen bittet, diese Verzögerung des Baubeginns auch schon in den Kosten mit zu berücksichtigen, da jede Verzögerung der Maßnahme Geld koste.

Frau Schauer antwortet, dass in der Vorlage aufgeführt wurde, dass diese Verzögerung vielfältige Gründe habe. Natürlich könne man nicht im Voraus wissen, ob es im Laufe der Bauphase nicht noch weitere Verzögerungen durch z. B. Lieferengpässe beim Material, Firmen, die nicht termingerecht anfangen können, Blindgänger Verdachtsmomente, geben werde. Es seien Verzögerungen in gewisser Weise eingeplant, aber man wisse auch, dass die Lage am Baumarkt im Moment schwierig sei. Sie habe den Ansatz von Herrn Jansen verstanden, dass man, zumindest grob abgeschätzt haben möchte, was eine Verzögerung für Projektkosten zur Folge habe. Frau Schauer erklärt, dass man die Anregung von Herrn Jansen mitnehmen werde und beim Thema Zeitplanung den Aspekt der Kosten bei künftigen Verzögerungen mit hinzufügen werde.

Herrn Ortel erscheint die Vorlage, in Bezug auf die Frage von Herrn Jansen, nicht aussagekräftig genug. Auch er hätte sich vorstellen können, dass man in der Vorlage „worst-case“ und „best-case“ Szenarien vorgestellt bekommen hätte.

Frau Schauer verweist auf den sehr dezidierten Steuerungsterminplan, den Frau Ischner noch einmal erklären könne, welcher als Arbeitsgrundlage diene. Natürlich sei dieser Plan in der Vorlage vereinfacht dargestellt worden, wobei dieser viel umfangreicher sei. Sie bittet Frau Ischner zu erklären, wie dieser Steuerungsterminplan aufgebaut sei.

Frau Ischner erklärt, dass es zwei Pläne gebe. Einmal gebe es den Terminplan der Planung, welcher die Gewerke und Abläufe in der Ausführungsplanung enthalte und weiter zur Ausschreibung, alle Gewerke des Hochbaus und der technischen Anlagen. In einem zweiten Schritt gebe es den Bauablaufplan (Grobkonzepte Bauablauf). Dort seien die Schnittstellen zu den Terminzwangspunkten aus der Planung und Vergabe in den Bauablauf enthalten. Frau Ischner bezieht sich noch einmal auf die Verzögerung, die sich auf die Planung beziehe. Der Bauablauf, die Ausschreibungen und Vergaben können wie getaktet durchgeführt werden.

Bezugnehmend auf die Frage von Herrn Ortel, möchte Herr Jansen wissen, um was für eine Planung („worst-case oder best-case“) es sich jetzt handle und ob dort Puffer eingeplant seien.

Frau Ischner antwortet, dass es nur eine Planung gebe. In Bezug auf die Ausschreibungsergebnisse erklärt sie, dass es Pufferzonen und für den Bauprozess eine lineare Baustellenführung gebe.

### **Beschluss:**

Der Planungs- u. Baubegleitende Ausschuss Rathauszentrum nimmt die Vorstellung des aktualisierten Übersichtsterminplanes zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:                      Kenntnisnahme

### **7.                      Funktionserweiterung, Neustrukturierung und Modernisierung des Rathauszentrums (5942-005) Vorstellung des aktuellen Kostenstandes Vorlage: 081/22**

Frau Schauer erklärt, dass Frau Ischner gleich die aktuellen Kosten und deren Entwicklung vorstellen werde, wobei unübersehbar sei, dass man eine Kostenerhöhung habe. Sie weist darauf hin, dass es immer noch ungewiss sei, wie sich die Kosten entwickeln werden. Man habe Mehrkosten, die sich in den letzten drei Monaten ergeben habe, mit aufgeführt, anstatt sie unter Unvorhergesehenes anzusiedeln. Sie gehe davon aus, dass man, aufgrund der unsicheren Lage, die Position Unvorhersehbares noch voll benötigen werden. Somit müsse man mitteilen, dass nach jetzigem Stand der Dinge, die geplanten 65 Mio. Euro nicht gehalten werden können, sondern um rund 10 Mio. Euro überschritten werden. Frau Schauer regt an, erst einmal die ersten Ausschreibungen abzuwarten, um dann zu den Haushaltsplanberatungen 2023 mit gesicherten Zahlen weiter zu planen und zu arbeiten.

Frau Ischner stellt die Kostensteigerungen vor und erklärt diese anhand des Dashboards. Sie weist darauf hin, dass man zum Herbst 2022 ca. 70 % der Bauleistungen ausgeschrieben habe, sodass man dann sehen könne, wie sich die Baukosten entwickelt haben. Sie erklärt im Einzelnen, wie es zur Baukostensteigerung in Höhe von 9,961 Mio. Euro gekommen sei.

Herr Jansen fragt, warum die Baukostensteigerung nicht mit in die Berechnung aufgenommen wurde.

Frau Schauer erklärt, dass die Zahlen relativ kurzfristig gestiegen seien und man zu dem Zeitpunkt noch nicht genau wusste, wie sich diese weiter entwickeln würden. Im letzten Jahr habe man noch über Kostensteigerungen von 5 - 6 % gesprochen und nicht über mehr. Man habe nicht vorhersehen können, dass sich dies so entwickeln werde.

Herr Ortel dankt um die Klarheit, die jetzt in die Diskussion hereinkomme. Er hätte erwartet, dass man mit einer Ergänzung zur Vorlage auf die neuen Zahlen hingewiesen hätte. Dies wäre ein Signal an den Ausschuss gewesen, dass die Verwaltung von der Situation Kenntnis genommen und diese berücksichtigt hätte.

Frau Schauer fragt sich, was sie in eine Ergänzungsvorlage erfassen und mitteilen solle. Im Moment sei man in einer Situation, wo man nicht weiß, wie sich alles weiter entwickeln werde.

Man habe über den aktuellen Stand berichtet und erklärt, von welchen Zahlen man ungefähr ausgehen müsse. Sie hoffe, dass man zum Zeitpunkt der Haushaltsplanberatungen mehr Klarheit haben werde.

Herr Jansen fragt, ob es eine Übersicht über Verbindlichkeiten gebe, die bis zum jetzigen Zeitpunkt eingegangen worden seien.

Frau Schauer weist darauf hin, dass es die Verträge mit den Fachplanern, die stufenweise beauftragt werden, und noch vertragliche Vereinbarungen mit den Teileigentümern gebe. Sie bittet Frau Ischner um konkrete Zahlen.

Frau Ischner informiert, dass es sich hier im Wesentlichen um die Kostengruppe 700 handle und man ca. 6 Mio. Euro beauftragt habe. Von diesem Betrag seien bisher ca. 56 % der Kosten abgerechnet worden.

Herr Jansen fragt, wie sich der Mittelabfluss und die Verbindlichkeiten in diesem Jahr entwickeln werden und ob jetzt an dieser Stelle ein Nachtragshaushalt nötig sei.

Frau Schauer erwidert, dass sie mit dem Kämmerer gesprochen habe, der aber, aufgrund der vorhandenen Haushaltsmittel und der Verpflichtungsermächtigungen, keine Notwendigkeit für einen Nachtragshaushalt sehe.

Herr Ortel fragt an, ob, aufgrund der sich jetzt entwickelnden Situation, ein neuer Ratsbeschluss herbeigeführt werden müsse, da die Deckelung von 65 Mio. Euro nicht gehalten werden könne.

Frau Schauer erklärt, dass aus ihrer Sicht ein neuer Ratsbeschluss nicht nötig sei. Es habe an die Verwaltung den Auftrag gegeben, eine Entwurfsplanung vorzulegen die 65 Mio. Euro nicht übersteigen solle. Die Entwurfsplanung ist von der Verwaltung so vorgelegt worden, wobei man hierüber politisch diskutieren könne, aber nicht rechtlich.

Herr Hachmann erklärt, dass die jetzige Situation, in dieser Größenordnung, so nicht vorhersehbar gewesen sei. Er glaube auch nicht, dass sich die Kosten wieder auf 65 Mio. Euro einpendeln werden, aber zum jetzigen Zeitpunkt könne niemand genau sagen, worauf es hinauslaufe. Insofern habe man nur die Möglichkeit, auf die Ausschreibungsergebnisse zu warten, wobei man sich dann immer noch die Frage zu einer alternativen Handlungsweise stellen könne. Herr Hachmann weist darauf hin, dass bei Beendigung der Maßnahme der Großteil der Kosten für die Sanierung des Rathauses trotzdem entstehen würde, da die 40 – 50 Jahre alte Haustechnik dringend ausgetauscht werden müsse. Wenn man diese Maßnahme als Gebäudeunterhaltung Jahr für Jahr durchführen würde, könnten die Kosten nicht als Investition über 30 Jahre abgeschrieben werden. Aus Sicht der Mitglieder der CDU gebe es im Moment keine Alternative zum formulierten Beschlussvorschlag.

Herr Karl-Heinz Brauer ist der Meinung, dass die Maßnahme den Spielraum für die nächsten Jahre nicht so belasten werde, als wenn man jetzt einen Baustopp durchführen würde. Ein Baustopp zum jetzigen Zeitpunkt würde bedeuten, dass man den getroffenen Verpflichtungen nachkommen und das Rathaus trotzdem sanieren müsse. Dies würde mit ca. 40 Mio. Euro ohne Preissteigerung veranschlagt und müsste dann aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Dies hätte zur Folge, dass der finanzielle Spielraum des Rates kleiner werden würde. Deshalb werden die Mitglieder der SPD dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen, um dann die notwendigen Anpassungen in der Haushaltsplanberatung für das Jahr 2023 vorzunehmen. Der eingereichte Änderungsantrag der BfR werde von ihnen abgelehnt.

Herr Ortel weist darauf hin, dass die alten Diskussionen nicht mehr neu geführt werden müssen. Die Bürger haben den Deckel von 65 Mio. Euro so verstanden, dass die Maßnahme nicht mehr

kosten werde. Damit muss aus seiner Sicht Schluss sein und die Deckelung der Kosten aufgehoben werden.

Herr Jansen erklärt, dass man im Januar 2021 schon darauf hingewiesen habe, dass es danach kein Zurück mehr geben könne. Jetzt sei man in einem Fluss drin, aus dem man nicht mehr herauskomme und müsse somit den Weg gemeinsam weitergehen.

Herr Beckmann weist darauf hin, dass man eine Elektrounterverteilung und Kältemaschinen aus dem Jahr 1974 im Rathauskeller habe, die nicht mehr zu akzeptieren seien und man der Gefahr von Ausfällen ausgeliefert sei. Man müsse die Ausschreibungsergebnisse abwarten und mit den Ergebnissen in die Haushaltsplanberatungen gehen.

Herr Volker Brauer erinnert daran, dass man für die Sanierung des Rathauses schon 40 Mio. Euro veranschlagen musste, da hier in den Jahrzehnten vorher nicht investiert und Sanierungen durchgeführt worden seien. Aus diesem Grund habe man keine Möglichkeit, die andere Richtung einzuschlagen. Auch sei der Abriss des Rathauses geprüft worden, was aber auch keine Alternative gewesen sei.

Herr Ortel bittet Frau Schauer, ihm die Überprüfung für einen Abriss des Rathauses zur Verfügung zu stellen.

Frau Schauer erklärt, dass man anhand des Bruttoraumprogrammes eine Hochrechnung erstellt habe. Es habe keine Planung gegeben, da es auch keine alternative Fläche für ein neues Rathaus gegeben habe. Die Kosten seien nach dem Baukostenindex errechnet worden. Es habe eine Vorlage gegeben, bei der dies Thema diskutiert worden sei.

Herr Brunsch sehe auch, dass man die Ausschreibungsergebnisse im Herbst abwarten müsse. Auch sie werden dem Vorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Wisselmann stellt nachfolgenden Antrag vor. (Der Antrag ist dem TOP angefügt)  
Im ersten Teil des Antrages gehe es ihm um einen neuen Ratsbeschluss und den sofortigen Bau- und Planungsstopp. Im zweiten Teil gehe es um die unklare Situation bei den Fördergeldern. Er möchte wissen, wieviel Fördergelder schon eingegangen seien.

Frau Schauer weist darauf hin, dass sich bei den Fördergeldern nichts geändert habe. Die Bezirksregierung habe schon früh mitgeteilt, dass sie die Summe auf zwei Förderjahre aufteilen werde. Der Ratsbeschluss hierzu sei Januar 2021 gefasst worden, damit der Förderantrag rechtzeitig nachgereicht werden konnte. Sie erklärt, dass man im Frühjahr 2021 den ersten Förderbescheid über 2 Mio. Euro erhalten habe. Ursprünglich sei man von einer Aufteilung von zwei Mal 4 Mio. Euro ausgegangen. Man hoffe in diesem Frühjahr auf den nächsten Förderbescheid. Man habe der Bezirksregierung mitgeteilt, dass man auf den vorzeitigen Maßnahmenbeginn hoffe, was man letztendlich auch genehmigt bekommen habe. Natürlich habe man erst mit dem Bescheid die Sicherheit. Dieser Zeitplan habe sich aber nie geändert. Des Weiteren habe man auf Fördergelder in der Vorlage hingewiesen, die aber nicht aus dem Bereich der Städtebauförderung kommen, sondern sich insbesondere auf die energetische Sanierung beziehen. Da diese Elemente noch nicht ausgeschrieben wurden, habe man keine Förderschädlichkeit vorliegen und werde diese Anträge jetzt kurzfristig stellen.

Frau Schauer antwortet, dass die Förderprogramme aus dem Bereich Energie kommen werden. Sie gehe davon aus, dass man in der nächsten Sitzung schon weitere Einzelheiten hierzu sagen könne. Zu den Honorarkosten erklärt sie, dass man hierüber im nichtöffentlichen Teil der nächsten Sitzung berichten werde.

Herr Uphaus möchte auf Mehrkosten in Höhe von 91.000,00 Euro hinweisen, wobei er sich frage, warum man 35 Schalungshülsen aus Eternit herausreißt, die eine Asbestbelastung mit 2 % haben. Er weist darauf hin, dass es durchaus preiswertere Verfahren gebe, die mit einer Versiegelung arbeiten. Weiter bittet er um eine Auflistung der Mehrkosten, die sich bei den Honoraren ergeben haben und um die Mitteilung, welche zusätzlichen Förderprogramme genutzt werden sollen.

Herr von Kloneczynski geht auf die Asbestproblematik ein, wobei er darauf hinweist, dass man einen Schadstoffgutachter mit eingeschaltet habe. Die asbesthaltigen Rohrhülsen, die in der Vorlage erwähnt wurden, beziehen sich auf den Abbruchbereich des Rohbaus. Viele andere Rohrhülsen, die asbesthaltig seien, werden im Gebäude verbleiben und nach dem Versiegelungsverfahren bearbeitet werden.

Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass der Antrag der Mitglieder der BfR nicht korrekt sei, da es nie einen Ratsbeschluss mit einer Deckelung der Kosten gegeben habe. Er schlägt vor, den kurzfristig eingereichten Antrag noch einmal zu überarbeiten, da dieser sonst nur abgelehnt werden könne.

Herr Dr. Konietzko verliest den Antrag der BfR:  
„Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Die Fraktion Bürger für Rheine beantragt für die Sitzung des Baubegleitenden Ausschusses Rathauszentrum am 10.03.2022 einen sofortigen Bau- und Planungsstopp für den Umbau und die Sanierung des Rathauszentrums. Jedes weitere Vorgehen bei diesem Projekt bedarf einer besonderen Beratung und Beschlussfassung im Rat der Stadt Rheine.“

Herr Ortel bittet um eine Sitzungsunterbrechung, da noch Klärungsbedarf bestehe.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem zu.

Sitzungsunterbrechung: 5 Minuten.

Herr Jansen erklärt, dass man erst jetzt von dem Änderungsantrag erfahren habe. Deshalb würden sie sich der Abstimmung zum Änderungsantrag enthalten. Man könne verstehen, warum der Antrag gestellt worden sei, möchte aber drauf hinweisen und bittet zu prüfen, ob die Finanzierung von 75 Mio. Euro gesichert und auch vom Kämmerer geprüft worden sei.

Frau Schauer weist darauf hin, dass die Finanzierung nicht gesichert sei. Es seien nur 65 Mio. Euro in der Haushaltsplanung und der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Sie würde mit dem Kämmerer noch einmal explizit abstimmen, dass die Kosten und die Ausschreibungen für dieses Jahr über den Haushalt gedeckt seien.

Herr Ortel bittet, dass der Bau- und Mobilitätsausschuss einen Empfehlungsbeschluss an den Rat gebe, den Beschluss vom 07. 01.2021 aufzuheben. Durch die Mehrkosten könne man sich nicht mehr auf die Grundlage dieses Beschlusses beziehen. Aus seiner Sicht müsse die Verwaltung von dieser Beschlusseinschränkung der Deckelung entbunden werden, damit das Verfahren vorangetrieben werden könne.

Herr Brauer erklärt zum Änderungsantrag von Herrn Ortel, dass die Fraktion den Antrag zuständigshalber an den Rat der Stadt richten müsse. Er weist darauf hin, dass die Mitglieder der SPD dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen werden.

Herr Dr. Konietzko lässt über den Antrag der Mitglieder der BfR abstimmen:

Abstimmungsergebnis:       1 Ja-Stimme  
                                  12 Nein-Stimmen  
                                  4 Enthaltungen

Herr Uphaus erklärt, dass er noch eine Ergänzung zur Kostenfortschreibung habe. Bisher habe man in der Kostenfortschreibung nur vier Kostengruppen mit Endzahlen aufgeführt. Da man jetzt von der Planungsphase in die Bauphase komme, sei es notwendig, dass in den Kostengruppen 3 - Bauwerke und 4 - technische Gewerke, die wichtigsten Gewerke nach der Kostenberechnung aufgeführt werden. Damit könne man dann in Zukunft, nach den Submissionen, die Abweichungen in den Kostengruppen erkennen.

Frau Schauer nimmt die Anregung mit.

Herr Brauer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Der Planungs- und Baubegleitende Ausschuss Rathauszentrum nimmt den aktuellen Kostenstand sowie die ergänzenden Erläuterungen zum Projekt zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, das aufgrund der gestiegenen Baukosten erwartete zusätzliche Budget für das Projekt zu definieren und in die Haushaltsplanberatung für das Jahr 2023 mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:       mehrheitlich bei  
                                  1 Nein-Stimme und  
                                  4 Enthaltungen

**8.           Anfragen und Anregungen**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

***Ende der Sitzung:***

***19:58 Uhr***

gez.

---

Dr. Manfred Konietzko  
Ausschussvorsitzender

---

Andrea Mischok  
Schriftführerin